Bochum, den 16. November 1895.

Nro. 45 — 7. Jahrgang.

Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Abonnements-Preis für Nichtmitglieder 40 Pfg. pro Monat, 120 Pfg. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 70 Pfg., pro Quartal 2 Mark 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Verbands Organ.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg.
bei 6 maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt.
„ 12 „ „ 33⅓ „ „
„ 30 „ „ 50 „ „

Redaktion: O. Hue, Essen; Druck und Verlag von J. Brangenberg, Bochum

Kameraden, agitiert für den Verband und für Eure Zeitung!

Lust und Leid.

Wie bist du doch so wunderschön,
Nun, wo das herbstlich braune Land,
O Thal der Ruhr mit deinen Höhn,
Der blaue Himmel überspannt
Und goldig scheint der Sonne Strahl!
Wie lieb ich dich, mein Heimaththal!

Fürwahr, es ist ein Hochgenuß
Zu wandern jetzt durch deinen Grund,
Zur Seite stets den blanken Fluß
Mit seinen Ufern farbenbunt.
O Thal der Ruhr, du Heimath mein,
Wie bin ich stolz, dein Sohn zu sein!

Und doch beschleicht mich bitt'res Weh
Bei deinem Anblick, schönes Thal,
Bei Berg und Burgen die ich seh',
Und ein Gedanke macht mir Qual:
Die Sonne lischt — um mich ist Nacht —
Ich denk der Knappen tief im Schacht. —

Sie, die auch deine Söhne sind,
Sie scharren dort in harter Frohn,
So nackt und arm und schönheitsblind
Um wenig, kümmerlichen Lohn.
Wo ist der Stolz der sie erhebt? —
Sie leben wie der Maulwurf lebt. —

Und seh' ich deine güld'nen Au'n
Vor meinen Blicken ausgespannt,
Der ew'gen Nacht denk ich voll Grau'n
Mit Bergesturz und Wetterbrand. —
Beim Lampenschein, beim Dämmerlicht
Schafft dort der Knappe seine Schicht.

Ihm ist verschlossen deine Pracht,
Er kennt dich nicht, mein schönes Thal,
Sein Leben schleicht dahin in Nacht
Und fortgesetzter Armuthsqual.
Zum Kohlenberg — vom Berg zurück,
Das ist sein ganzes Erdenglück. —

Er ist verdammt zu scharren nur
Tief unten in der öden Kluft,
Ihn kann der Glanz der Heimathflur
Entreißen nicht der finste Grunft.
Wie auch entrinnen — überall
Baut ihm die Noth den eh'rnen Wall.

Das ist es, was mein Herz bedrückt,
Das macht die Lust des Schau'ns zur Qual,
Wenn deine Schönheit mich entzückt,
Du vielgeliebtes Heimaththal.
Bei deinen Reizen in der Rund,
Denk ich der Knappen tief im Grund. —

Oberschlesische Zustände.

III.

Im oberschlesischen Bergrevier arbeiten nach den vierteljährigen amtlichen Berichten 52300 Arbeiter im Steinkohlenbergbau, darunter ein großer Theil **weiblicher Arbeiter**. Nur in Oberschlesien findet man die weibliche Arbeit auf Gruben und Hütten wesentlich vertreten. In Niederschlesien ist die Frauenarbeit auf den Gruben nicht erheblich, im Ruhrrevier kennt man diese gar nicht.

Wohl arbeiten die Frauen nicht unterirdisch, wiewohl es der Bergbehörde große Mühe gekostet hat, die profitwütigen Grubenbesitzer von der Frauenarbeit unter Tage zu bekehren. Uns wurde versichert, daß trotzdem in entlegenen Gruben die **unterirdische Frauenarbeit nicht ganz abgeschafft** sei; doch können wir für die Wahrheit dieser Behauptung nicht eintreten.

Außer zahlreichen fiskalischen Gruben und Hütten liegen in Oberschlesien eine Menge industrielle Unternehmungen, deren Besitzer zu dem höchsten deutschen Adel zählen. So figurirt in der Gruben- und Hüttenbesitzerliste der Name des **Grafen Henckell v. Donnersmark, Seiner Durchlaucht der Fürst Pleß, von Rheinbabenschen-Erben, Frau Gräfin Saurma-Jeltsch**, Dr. phil. **Graf Matuschka, Fürst Hugo von Hohenlohe, Herzog von Ujest, Frau Wilhelmine von Lyszka, Gräfin Johanna von Schaffgotsch und die Grafen Ballestrem.** Eine sehr erlauchte Gesellschaft, das wird uns unser Leser zugeben. Die »Edelsten und Besten« der Nation haben sich hier in Oberschlesien ein trautes Stelldichein gegeben.

Wer hat nicht oft gelesen, daß die Matuschka und Ballestrem im Brustton sittlicher Entrüstung über die »Verderbniß« der Jetztzeit redeten. Ob diese Edlen dabei an das grenzenlose Elend, an die körperliche und moralische Verkommenheit »ihrer« Arbeiter, dort unten an der russischen Grenze gedacht haben? Ob ihnen bei ihren Philliviken gegen die »Vergnügungssucht« und »Begehrlichkeit« »ihre« Arbeiter als Ideale vorgeschwebt haben? Was mögen die edlen Damen und Grubenbesitzerinnen wohl für ein Gefühl empfinden, wenn sie sehen, daß ihre Schwestern, Fleisch und Blut wie sie, tagaus tagein in ekelhaftem Schmutz arbeiten und dafür zu Hause allen Gefahren sittlicher Demoralisation ausgesetzt sind.

Kürzlich, bei dem großen Bismarcksrummel, waren schlesische Frauen in Friedrichsruh, um den »Altreichskanzler« den Gruß der »schlesischen Frauen« zu überbringen. Ja gehören denn die elenden Geschöpfe auf Grube und Hütte nicht mehr zu den »schlesischen Frauen«, sind sie überhaupt keine Menschen mehr? Denn daß die edlen Damen in Friedrichsruh von ihren Schwestern auf der Grube ebenfalls einen Gruß an den Exkanzler auszurichten hatten, glaubt doch keiner. Die Damen der Aristokratie kümmern sich doch gar nicht um diese Armen und thäten sie es, **dann um so schlimmer, daß solche himmelschreiende Zustände mit ihrer Zustimmung fortdauern.** Nein — **diese** schlesischen Frauen zählen nicht mit, existiren nicht für die »Gesellschaft«, dienen nur dazu, den wohlgeborenen Grafen und Gräfinnen ihren Reichthum zu schaffen. Nur arbeitende Geschöpfe sind es, im übrigen — Luft.

Doch wie hübsch wissen die frommen Grafen Ballestrem und Matuschka und ihre Genossen über die »Pflichten des Christenthums« zu reden. Wie hoheitsvoll spricht man von der Neidsucht und Raffgier anderer Menschen; dabei betonend: Wir kennen die **„Pflichten des Besitzes"**.

Sehen wir zu, wie ein oberschlesischer, frommer, katholischer Graf und Grubenbaron seine sogenannten Pflichten erfüllt.

Nehmen wir ganz unverdächtige Zeugen; da ist die Statistik für das Jahr 1891, **herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein.** Also ein **Unternehmerverein.** Ein Blick auf die hier angegebenen Löhne zeigt uns genug. Der männliche Arbeiter verdient bei 11—12-stündiger unterirdischer Arbeit pro Tag seine **2,40—2,60 Mk.**; die Frauen erhalten für 10—11-stündiger Arbeit **0,76—0,88 Mk.** pro Tag. Wahre Riesenlöhne. Wir können auch nicht finden, daß auf den Gruben, so den frommen Grafen und Herzögen eigen sind, bessere Löhne bezahlt werden. Eher ist das Gegentheil der Fall. Auf den fiskalischen Gruben und Hütten verdient der Arbeiter, bei besserer Behandlung, höhere Löhne wie auf den »herrschaftlichen Werken«. Ist es nicht empörend, ein armes Weib, welches sich stark plagen muß, für 10—11-stündiger Arbeitszeit 80—90 Pfg. anzubieten? Fällt den Unternehmern gar nicht das Bibelwort ein: **Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden?** »Fromm« sind sie doch, also werden sie auch solche Sentenzen kennen.

Wenn man nach hygienischen, gesundheitsfördernden Betriebseinrichtungen fragt, so erhält man immer die Antwort: **So etwas giebts hier in Oberschlesien nicht. Waschkauen sind keine vorhanden.** Nur auf der Königin-Louisengrube ist eine Badeanstalt aber — nur die Beamten und ihre Frauen dürfen dieselbe benutzen. So wenigstens wurden wir berichtet und sehen wir einer allenfallsigen Erklärung der betreffenden Verwaltung mit Spannung entgegen. Auf den »herrschaftlichen« Gruben, Eigenthum der **Grafen Ballestrem** und Genossen, findet man **keine** Wasch- oder Badeeinrichtungen. Geht das »Geschäft« so schlecht, so daß diese Ausgaben nicht erlaubt sind? Uns ist das Gegentheil bekannt. Die Herren machen riesige Geschäfte.

Oder gehören gesundheitsfördernde Einrichtungen für die Arbeiter nicht zu den sozialen Pflichten des Besitzers? Und nun gar erst eines frommen, katholischen Besitzers. Man redet doch auch sonst so viel von den »Wohlfahrtseinrichtungen« für Arbeiter und thut sich darauf viel zu gute. Warum erwerben sich die Ballestrem und Matuschka nicht den leicht errungenen Ruf eines »Arbeitervaters«. Warum nicht? Der Profit — der leidige Profit ist stärker wie das ganze »praktische Christenthum». »Weye euch Reichen«! rief der Nazarener. Ob er dabei an seine allgetreuen Söhne im oberschlesischen Bergrevier gedacht hat?

Wie Blei, drückt die religiöse Orthodoxie den Geist des oberschlesischen Arbeiters. Was der geistliche Herr sagt, ist ein Evangelium. Wie leicht wäre es daher dem oberschlesischen Klerus, diese ihm so ergebene Masse für sozialreformatorische Gedanken zu gewinnen. Bei uns im Ruhrrevier, wo die Arbeiter selbst ihre Interessen vertreten, da ist jeder Geistliche ein »Sozialreformator«, hält Vorträge über alle möglichen Dinge und will mit Gewalt die Arbeiter glücklich machen. Dort in Oberschlesien, wo die eigene Schaffungskraft der Arbeiter erschlafft, die geistige Regsamkeit durch lange Arbeit und harte Entbehrung verschwunden, dort in Oberschlesien findet kein Geistlicher sein sozialreformatorisches Herz. Wir machen unseren Freunden vom geistlichen Stande den Vorschlag, nach Oberschlesien auszuwandern, denn dort ist für Leute wie Hitze, Oberdörffer u. s. w. reiches Arbeitsfeld. Hier im Ruhrrevier sind ihre Rathschläge überflüssig, denn die denkenden Arbeiter wollen ohne Vormünder fertig werden. In Oberschlesien aber, bei dem völlig entmündigten Volk, kann ein energischer, ehrlicher Sozialreformer, besonders wenn er Geistlicher ist, Großes wirken. Daß die dortige Geistlichkeit ruhig, unthätig dem zunehmenden Elend zusieht, spricht gerade nicht für ihre Mission als »Leiter« des Volkes.

Warum aber thut es der oberschlesische Klerus nicht seinen Kollegen im Ruhrrevier gleich? Einfach darum, weil sie ihre Hauptangriffe gegen ihre **eigenen Glaubens- und Gesinnungsgenossen, gegen allbekannte Führer der Zentrumspartei richten müssen.** Im Ruhrrevier ist das kapitalkräftige Unternehmerthum durchweg evangelisch und haben daher die katholischen Sozialreformer eine billige Gelegenheit, die kapitalistische Ausbeutung als gleichbedeutend mit dem »Liberalismus« zu erklären. In Oberschlesien dagegen sind die Kapitalisten **eben katholisch** und da sitzt der Klerus in der Klemme. Immer schiebt man dem »Liberalismus« die Schuld für das heutige Elend zu und hier soll man auf einmal **hervorragende Zentrumsführer** diesen verhaßten »liberalen« Ausbeutern zuzählen. Das geht nicht, da schweigt man lieber und verweist das arme Volk auf den Himmel. Wahrhaftig, wir haben keine Vorliebe für unsere rheinisch-westfälischen Unternehmerschaft, das weiß jeder, aber im Vergleich mit dem oberschlesischen, katholischen Arbeitgeberr, deren parlamentarischer Repräsentant Herr Graf **Ballestrem** ist, kann die Unternehmerschaft im Ruhrrevier **nur gewinnen.** Hier im Ruhrrevier ist das Kapital immerhin bemüht, sein Dekorum nach außen hin zu wahren, einzelne Werke, z. B. **Krupp-Essen** haben sogar ganz anerkennenswerthe soziale Einrichtungen getroffen; dort in Oberschlesien aber giebt sich der Kapitalismus in seiner ganzen Brutalität und Offenheit, ungehemmt von irgend welcher Seite. Und daß die Vertreter dieses Kapitalismus zu den »Frommen im Lande« gehören, verschönt das Bild wahrhaftig nicht.

Aber Zahlen beweisen. Lassen wir daher uns von stummen und doch so beredten Ziffern das ganze Elend des oberschlesischen Idylls veranschaulichen.

Es verdiente 1893 im Jahresdurchschnitt ein Bergmann in den Oberbergamtsbezirken:

		Länge der Arbeitszeit
Dortmund	946 Mk.	8—9 Stunden
Bonn (Saarrevier) . . .	925 „	8—9 „
Breslau, a) Niederschlesien	729 „	10 „
Breslau, b) Oberschlesien	**661** „	**12** „

Also die **längste Arbeitszeit** und der **niedrigste Lohn herrscht in Oberschlesien.** Das sind **amtliche Zahlen** und die beweisen bekanntlich doppelt gut für — die Arbeiter.

Doch wird mancher Leser sagen: jedenfalls schafft der oberschlesische Bergmann nicht so viel wie seine Kameraden in den anderen Revieren. Das **gerade Gegentheil** ist der Fall. Dafür dienen folgende Zahlen als Nachweis.

Es entfielen pro Kopf der Belegschaft im Jahre 1893 Dortmund 271 t, Saarbrücken 214 t, Niederschlesien 209 t, Oberschlesien **323** t geförderte Kohlen.

Also von allen preußischen Bergrevieren hat **Oberschlesien die längste Arbeitszeit, die höchste Arbeitsleistung pro Kopf und — den niedrigsten Lohn!!!** Damit nicht genug, der Lohn der oberschlesischen Bergleute sinkt von Jahr zu Jahr immer mehr, gerade wie im Ruhrrevier.

Zahlen zeigen wie die Welt regiert wird — Zahlen zeigen wie der Arbeiter ausgebeutet wird — Zahlen lassen das christliche Herz der oberschlesischen, frommen, katholischen Grafen und Fürsten in bengalischer Beleuchtung erstrahlen.

Alles weitere erübrigt sich. Wer gegenüber diesen Argumenten, deren Beweiskraft offensichtlich ist, das oberschlesische Unternehmerthum noch zu entschuldigen wagt, den beneiden wir um seine Unverfrorenheit. —

In unserem nächsten Artikel werden wir die Organisationsbestrebungen der oberschlesischen Bergleute und deren Gegner darlegen und auch hier wird den frommen Herren ein vollgerütteltes Maß gerechter Kritik zufallen.

O. H.

Aus Niederschlesien.

Altwasser, im Oktober 1895.

(Fortsetzung)

In allen Versammlungen referierte als erster H. Möller über das Thema: **Die Lage der Deutschen Bergleute.**

Der Vorwurf der Hetzerei, der uns gemacht wird, gab die Veranlassung dazu, daß die Untersuchung über die etwaige Berechtigung dieses Vorwurfes der Beginn des Vortrages bildete. H. Möller wies nach, daß weder die heutige Ordnung gut, noch der Weg den wir zur Besserung der Lage einschlagen, ein verkehrter sei und somit der Vorwurf der Hetzerei ein ungerechter sei. Aus dem einseitigen Ueberfluß entstehen Mangel, Hunger, Verkümmerung, mit frühzeitigen Tod der großen Masse. Die Bergarbeiter hätten den opfervollsten Beruf, da sie nicht nur Kraft, Gesundheit und Leben in ihrem Berufe daransetzten, sondern auch das Tageslicht mit dem lebenspendenden Sonnenstrahl und die frische Luft entbehren müßten, ihr Leben zum größten Theil tief unten in der Grube im kalten, leblosen Gestein verbrächten. Sie würden fortgesetzt schwerer belastet, immer ärmer, während die Bergwerksbesitzer an Wohlstand zunehmen. Darum hätten gerade die Bergarbeiter allen Grund, gegen eine Ordnung anzukämpfen, die sie immer mehr verelendete und den Reichthum ihrer Ausbeuter stetig vergrößere. Da nun die Untersuchung, ob der Weg der Organisation (Deutscher Bergarbeiterverband), der als der erste Schritt zur Besserstellung der Bergarbeiter gemacht werden muß, der richtige sei, unter den zweiten Theil der Tagesordnung: »Wie ist die Lage der Bergarbeiter zu verbessern« fiel und von O. Hue darzulegen war, so setzte Möller seine Ausführungen mit der Beschreibung der Lage der Bergarbeiter fort. Zunächst legte er dar, daß mit der Erfüllung der Pflicht des Bergarbeiters als Ernährer der Familie sogleich ein Kampf verbunden wäre. Der »Kampf ums Dasein« tobe gerade im wirthschaftlichen Leben am wüthendsten. Die Bergarbeiter wären also zur Stärkung ihrer wirthschaftlichen Macht zur Vereinigung gedrängt, würden aber mit der Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Versammlungs- und Vereinigungsrechte auf die gesetzlichen und polizeilichen Beschränkungen gestoßen und so zum politischen Kampfe gedrängt, zum Kampf für die Stärkung der wirthschaftlichen Macht. Alle diese Kämpfe erfordern jedoch Bildung und Wissen. Daher führe der Kampf um die wirthschaftliche Besserstellung zum politischen Kampfe, und, um diesen siegreich führen zu können, zum Kampf gegen Verdummung, Lüge und Korruption, zum Fortschreiten auf der Bahn der Kultur, zur Aufklärung und Bildung des Volkes. Bei der Eroberung politischer Rechte dürften wir uns aber nie auf andere verlassen, denn außer der Partei der Arbeiter gäbe es keine wirkliche Vertretung. Alle anderen Parteien hätten irgend eine Specialität der herrschenden Klasse zu ihrer besonderen Vertretung. Ihre Versicherungen der Pflege der Arbeiterinteressen sind Charlanterie und ein Köder für den Fang der Arbeiterstimmen. Freisinn, Zentrum, Konservative und Nationalliberale hätten bei der Bergnovelle zu Gericht gesessen und die Vorschläge, welche zur Besserstellung der Bergarbeiter aufgestellt worden wären, abgeschlagen. Die große Bedeutung der Bergarbeiter im öffentlichen Leben und Verkehr, welche durch starke Aufgebote von Gendarmerie, Militär, event. der Verhängung des Belagerungszustandes bei einem Streike demonstrirt würde, wäre keiner arbeiterfreundlichen Beachtung gewürdigt. Das Interesse der bürgerlichen Parteien wäre der handvoll Besitzer zugewandt, die gemäß ihrer produktiven Leistung für den Bergbau eben so gut auf dem Monde wohnen könnten.

Hiernach unterzog Möller einzelne Bergarbeiterforderungen in Bezug auf die Bergnovelle einer Kritik. Die Lohnfrage ermangele jeglicher Regelung, eine Mitwirkung der Bergarbeiter sei ausgeschlossen. Alle Bestimmungen seien der Willkür der Besitzer überlassen. Und doch wäre, da der Preis der Kohle und der Selbstkostenpreis der Grube nach herrschender Weise nothwendig die Löhne beeinflusse, der Bergarbeiter mit seinem Hauptinteresse an der Kohlen-Marktfrage, den internationalen Beziehungen und Regelungen, an der Leitung der Grube und den technischen Fähigkeiten der Beamten, an der Bevorzugung der »Vettern« und Günstlinge in den Beamtenstellen, aufs direkteste und lebhafteste betheiligt. Selbst die Organisation des Besitzes, ob in der Form von Gewerkschaften oder Aktiengesellschaften, sei für die Lohnfrage der Bergarbeiter von Bedeutung. Daraus ergebe sich ein Recht nicht nur, sondern eine Pflicht, zu suchen, auf alle diese Verhältnisse maßgebenden Einfluß zu erlangen. An den Bestimmungen der Arbeitsordnungen erläuterte Möller, daß ein Recht des freien Arbeitsvertrages nicht mehr bestehe, die Freiheit des Kontraktes für die Bergarbeiter vernichtet sei. Ueberall im Handel und Wandel seien geaichte Maße und Gewichte vorgeschrieben, für die Bergarbeiter wäre bezüglich ihrer Förderwagen eine Ausnahme gemacht. Die Anwendung dieses gemeinen Rechtes ist ihnen versagt. Im »Vernullen« der Wagen, welches zu so hoher Erbitterung geführt, sei die Vorschrift über den Kontrolleur aus den Reihen der Arbeiter eine nur halbe Maßregel, die nach allgemeiner Erfahrung alles beim Alten lasse. Auch der Füllkohlenabzug, worüber ein jeder rechtlich Denkender als über eine unerhörte Maßregel den Kopf geschüttelt, sei durchaus noch nicht endgiltig abgeschafft. Im Strafwesen fungire der Grubenbeamte als Kläger, Richter und Exekutor in einer Person; es ermangele sogar des kulturellen Moments der Vorbeugung. Die aus den Straf- und ähnlichen Geldern gebildeten Unterstützungskassen hätten den Oberbergämtern Rechnung legen sollen, wodurch die Bergbehörde eine gewisse Fühlung mit den Bergarbeitern erlangt hätte, indem sie Kenntniß von der Behandlung der Bergarbeiter bekommen. Aber auch diese, in Bezug auf den kaiserlichen Erlaß, so sehr gerechtfertigte Forderung sei abgeschlagen. Ebenso auch die Mitverwaltung der Bergarbeiter an den Kassen. Der Abkehrschein habe insofern darauf, daß auf den Gruben fremde Arbeiter eingestellt werden dürfen (was durchaus nicht verwehrt werden soll), nur noch den Charakter eines Arbeitsbuches **für erwachsene** Arbeiter und leiste außerdem der schändlichen Chikanirung den besten Vorschub. Die wichtige Forderung der **Achtstundenschicht** sei sogar ohne jede Regelung vollständig dem Gutdünken der Besitzer überlassen geblieben. Wie sehr dieser Zustand ausgebeutet würde, zeige eine Niederschlesische Arbeitsordnung, wonach ein Bergarbeiter gehalten sei, ev. 78 **Stunden** in der Woche zu arbeiten. Die lange über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit habe ausschließlich nur die Verschlimmerung des Gesundheitszustandes und der Sicherheit des Lebens im Gefolge. Eine höhere Leistung sei damit nicht erreicht, im Gegentheil führe die stetige Uebermüdung eine stehende Erschlaffung und somit eine Minderleistung, trotz der langen Arbeitszeit herbei. Trotzdem nun die Arbeitszeit auf's engste mit dem Leben (der Sicherheit) und der Gesundheit der Bergarbeiter verknüpft sei, diese aber im § 196 des Berggesetzes insbesondere der Aufsicht des Staates unterstellt sind, so sei trotzdem die Befugniß der Oberbergämter, die Verminderung der Schichtzeit für den ganzen ihnen jeweils unterstellten Bezirk zu bestimmen, auf eine **einzelne Zeche** beschränkt worden; somit die angestrebte allgemeine Maßregel zu einer Ausnahmemaßregel herunter gedrückt. In der Inspektion fehle die strenge Durchführung der Kontrolle und wäre auch bis in die letzte Zeit nicht eingeführt, obschon die Verunglückungen immer mehr gestiegen, statt mit dem Fortschritt der Wissenschaft und Technik abzunehmen. In der Knappschaft überwiege der Einfluß der Bergwerksbesitzer; man sehe hier deswegen auch, daß, ungeachtet die Knappschaftskasse eine Zwangskasse sei und deshalb die einmal erworbenen Rechte niemals wieder verloren gehen dürften, dies dennoch hier leicht vorkommen könnte. Das verschulde eben der Umstand, daß im Knappschaftswesen die Profitjägerei der Bergwerksbesitzer mit dem Prinzip der Fürsorge verquickt sei. Nach der Natur der beiden Motive, Fürsorge und Profitjägerei, ein Unding. Im gewöhnlichen Leben macht man aber keinen Bock zum Gärtner. Die rechtliche Stellung der Bergarbeiter auf den Gruben demonstrire aufs beweiskräftigste die gesetzliche Vorschrift, welche bestimme, daß beim Schmähen, Schimpfen und thätlichem Angreifen stets nur der Bergarbeiter sofort zu entlassen sei. Begehe der Bergarbeiter diese Ausschreitung, dann sei die sofortige Entlassung seine Strafe. Beträfe es aber den Beamten, dann sei die sofortige Entlassung des Bergarbeiters auf einmal zu einer Wohlthat geworden. Hieran sehe man so recht, wie man aus Strafe eine Wohlthat fabrizire und zwar ohne Hexerei, nur komme es darauf an, ob der Bergarbeiter oder der Beamte die Ursache abgebe.

Aehnlich wie bei den geschilderten Verhältnissen verhalte es sich noch mit den übrigen Fragen und Forderungen der Bergarbeiter. Hier Remedur zu schaffen erfordere Anstrengung und Opfer; jedoch müsse man nicht nur nach diesen sehen, sondern nach den Zielen, die erreicht werden **müßten**. Möller betonte besonders, daß mit der Aneignung der fachgewerblichen bergmännischen Kenntnisse eine sofortige Verbesserung der Lage schon verknüpft sei, da ein kenntnißreicher intelligenter Arbeiter nicht der **brutalen** Willkür so ausgesetzt sei, als der Unwissende. Nachdem Redner noch mehrere Punkte der fachgewerblichen Organisation erörtert, die hochgradige Verschiedenheit der Rechtsstellung der Bergarbeiter und Besitzer im sozialen und staatsbürgerlichen Leben hervorgehoben, charakterisirte er die Pflicht zum Kampfe um die Verbesserung der Lage als eine dreifache: als **Ernährer der Familie** für bessere Erwerbsbedingungen, als **Staatsbürger** für vollkommene Gleichberechtigung und Freiheit der Bewegung (Koalitionsfreiheit), als **Kulturmensch** für Wissen und Bildung, höhere Gesittung und höhere Lebensgenüsse. Leere Klagen seien bedeutungslos, die Welt resp. die herrschende Klasse würde alles nur zulassen, wenn es erzwungen würde. Da die Arbeiterklasse auf die niedrige Stufe der Unfreiheit und des Elends stehe und fortgesetzt der Ausbeutung überliefert sei, so habe sie nichts mehr zu verlieren, weil sie eben nichts mehr besitze, aber sie hätte alles zu gewinnen.

Reicher Beifall lohnte Möller für seine sachlichen und leicht verständlichen Ausführungen.

Der zweite Referent **Hue-Essen** behandelte das Thema: **Wie ist die Lage der Bergarbeiter zu verbessern.** Ausgehend von dem allgemeinen Prinzip der Organisation legte Redner in knappen Ausführungen die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ihre Kämpfe und Erfolge dar. Besonders der Bergarbeiterbewegung widmete der Referent eingehende Erläuterungen. War er doch, wie Hue sagte, auf dem Boden, auf dem sich die ersten und ältesten Organisationsbestrebungen der Grubenleute bemerkbar gemacht hatten. Schon 1869/70 war im Waldenburger Revier ein großer Streik der Bergleute. Die Arbeiter waren damals Anhänger der **Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine**. Heute sei man von dieser lendenlahmen Vereinigung zurückgekommen. Das 19. Jahrhundert mit seinen scharfen sozialen Gegensätzen sei einer auf Harmonieverkündigung gerichteten Bewegung nicht günstig. Scharf tobt der Kampf, auf beiden Seiten wird mit Erbitterung gestritten. Unsere Gegner sind heute noch mächtiger als wir. Steht ihnen doch außer eigenen großen materiellen Mitteln der gewaltige Apparat des Staates zur Seite. Behörden und Unternehmer bemühen sich ernstlich, den Organisationen der Arbeiter Schwierigkeiten zu bereiten. Es hilft aber nichts. Mehr und mehr erwacht in den Arbeitern der Drang nach Besserung. Dies habe z. B. der große **Streik** im Jahre 1889 gezeigt, wo die Grubenleute, eine bis dahin unorganisirte Masse, über 100 000 Mann stark, dem ausbeutenden Kapital ein Halt! entgegengerufen haben. Der Streik hat gezeigt, daß die Zeit des ruhigen Duldens auch bei den Bergleuten vorüber sei. Die Unternehmer haben Respekt vor dem rüstigen Kohlengräber bekommen.

Wenn die damals errungenen Vortheile nicht erhalten blieben, dann hat dies eben die Uneinigkeit der Arbeiter verschuldet. Redner gibt eine längere Schilderung der Quertreibereien der Gegner, die besonders im Ruhrrevier eine ganze Reihe von nunmehr verkrachten Gegenverbänden dem alten Verband entgegengestellt. Wohl sind diese Verbände verkracht, aber geschadet haben sie der freien Organisation der Bergleute, dem Bergarbeiter-Verband, immerhin. Und dies zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer. Während sich die Arbeiter verhetzen und zersplittern lassen, schließen sich die Grubenbesitzer fester zusammen. Durch Syndikate und Kartelle verstehen sie es, sich höhere Profite zu sichern und zugleich sind diese Verbände Schutzvereinigungen der Unternehmer gegen die Arbeiter. Derjenige, der in heutiger Zeit den Organisationsbestrebungen der Arbeiter hinderlich ist, ladet sich große Verantwortung auf. Die Gegensätze spitzen sich mehr und mehr zu und es wird eine Zeit kommen, wo der Krach eintritt. Wenn dann keine **feste Organisation der Arbeiter** vorhanden ist, dann wird es an Ausschreitungen und Gewaltthaten nicht fehlen. **Nur durch die Organisation werden soziale Kämpfe gemildert**, die Organisationen sind in Wahrheit ordnungsfördernd. Wenn der Bergmann nicht will, daß seine Löhne sich wie bisher tagtäglich verschlechtern, so daß ein jammervolles Elend in Zukunft sein Loos ist, dann trete er ein in den Verband deutscher Bergleute. Dies ist der wahre **Arbeiterverband**, alle anderen, ob sie sich »reichstreu« oder »christlicher Gewerkverein« nennen, sind verkappte Unternehmerfreunde. Mindestens haben die Grubenbesitzer nichts von derartigen Vereinen zu fürchten und fördern solche daher auch. Wer es ernstlich meint mit seiner Familie, so schloß Redner seinen Vortrag, wer nicht will dahinträumen, bis er in furchtbarem Elend erwacht, der schließe sich dem **»Deutschen Bergarbeiter-Verband«**, dem einzigen Verbande, der für die deutschen Bergleute rückhaltlos eintritt. Die Zukunft wird uns dann auch die besten Erfolge bringen.

H. M.

Die evangelischen Arbeitervereine in Rheinland-Westfalen.

Z Allein schon die Bezeichnung: »evangelische Arbeitervereine« ist für den sozialen Kritiker genügend diese Arbeitervereine nicht als ein unvermitteltes Ergebniß der wirthschaftlichen Entwicklung zu betrachten. Heute, wo von einem evangelischen Kapital so wenig wie von einem katholischen oder jüdischen die Rede ist, heute **kann** sich eine Vereinigung von Arbeiter, natürliche Gegner des Kapitals, nicht mehr auf einen konfessionellen Standpunkt stellen, wenn diese Verbindung dem Namen »Arbeiterverein« gerecht werden will. Wir verstehen unter einem Arbeiterverein eine Organisation von Arbeiter, die auf dem Wege der Verbindung für den Einzelnen Vortheile erlangen will. Wozu denn auch sonst »Arbeiterverein.«

In neuester Zeit machen die obengenannten Vereine wieder etwas von sich reden. Einzelne Blätter des Ruhrreviers, so die »Rh.-W. Ztg.« und das »Rh.-W. T.« geben sich seit langem alle erdenkliche Mühe, den evang. Arbeitervereinen eine bedeutende sozialpolitische Stellung anzuweisen. Das »Rh.-W. T.« des Herrn Quandel hat sogar einen besonderen Zeitungsabtheil für »evangelisches Vereinswesen«, in dem den Arbeitervereinen ein besonders großer Raum gewidmet wird. Angesichts dieser krampfhaften Bemühungen halten wir es an der Zeit, einmal die wahre Bedeutung dieser Vereine zu kennzeichnen. Wir thuen dies um so lieber, da ein Mann, der sonst leidlich klar und sachlich die sozialen Gegensätze betrachtet, **Herr Pfarrer Naumann-Frankfurt a. M.** in einer Zuschrift an das Organ der evang. Arbeitervereine, dem »Evangelischen Arbeiterboten« den genannten Vereinen eine viel zu große sozial-reformatorische Bedeutung beimißt.

Die evangelischen Arbeitervereine wurden gegründet, ungefähr wie im vorigen Jahre der christliche Gewerkverein gegründet wurde. Im Ruhrrevier, wo diese Vereine den größten Anhang haben, ging die Anregung zur »Gründung« von Geistlichen und — bezeichnender Weise — von den **Fabrikanten und deren Beamten** aus. Eine direkte Arbeiterkundgebung war diese »Gründung« nicht.

Wenn man die Vereinsmeierei der Geistlichkeit und der Bourgeoisie recht verstehen will, dann muß man die eigenthümlichen religiösen und sozialen Verhältnisse des Ruhrreviers kennen.

Zunächst ist es der sogenannte »Kulturkampf,« von Bismarck in Scene gesetzt, der im Ruhrrevier die **katholischen** Arbeiter schroff berührte. Als die Maigesetze erlassen wurden und viele Ordensgeistliche ihre alten Wohnsitze verlassen mußten, da kam es in verschiedenen Städten z. B. in Essen, zu gewaltthätiger Auflehnung der Arbeiter und Bürger. Die executive Behörde wurde durch die Volksmasse bedroht und war genöthigt, militärische Hülfe herbeizuholen. Die Zeit der Erregung benutzten die ultramontanen Politiker und Geistlichen, ihre Anhänger auch für den politischen Kampf zu organisiren. Alle die katholischen Arbeiter- und Bürgervereine sind gegründet, der politischen Agitation des Centrums zu dienen. Natürlich wird der wahre Zweck unter allerhand religiösen Zuthaten verhüllt, aber den Kenner vermag dieses nicht zu täuschen.

Es kam nun noch ein sehr bedeutsames Moment hinzu, welches von den Centrumsleuten trefflich benutzt, ihre Macht wesentlich erhöhte. Der Liberalismus hatte den Kulturkampf verschuldet. Daher richtete sich der religiöse und politische Haß gegen die Vertreter des Liberalismus. Die Anhänger der liberalen Partei (wir halten die ultramontane Ausdrucksweise bei, obwohl uns dieser »Liberalismus« recht komisch vorkommt) waren aber die Vertreter von »Besitz und Bildung«, die **Unternehmer**. Wer daher eine katholische Zeitung der heftigsten Kulturkampfzeit in die Hand nimmt, der wird sehr erstaunt sein, hier recht scharfe Ausdrücke **gegen die kapitalistische Ausbeutung** zu finden. Man machte den Liberalismus auch verantwortlich für die sozialen Mißstände.

So war Herr Johann Fusangel ein so scharfer Kritiker der Unternehmer, daß man noch heute das Mißbehagen der »Rh.-Westf. Z.« spürt, wenn von den kampfesfrohen Johannes die Rede ist. Heute natürlich sind die ultramontanen Klingen allgemach stumpf geworden. In das Ruhrrevier ist eine Partei eingedrungen, die den katholischen Sozialpolitiker beim Wort nimmt, von ihm verlangt, daß er nicht nur große Worte macht, sondern diese auch in Thaten umsetzt. Die **sozialdemokratische Partei** hat manchen kapitalfeindlichen katholischen Saulus zu einem recht schmiegsamen kapitalistenfreundlichen Paulus gemacht. Damals aber, Mitte der 70ger bis Mitte der 80ger Jahre hüllte sich das Centrum in Rheinland-Westfalen gern in das Gewand des sozialen Kritikers, dem es auch auf recht scharfe Worte nicht ankam.

Diese Ursachen, die anscheinend soziale und wirklich religiös-politische Gegnerschaft des Zentrums, hat dem liberalen Unternehmerthum im Ruhrrevier einen mächtigen Feind erwachsen lassen. Wenn es auch von den sozialen Reformen des Centrums nichts zu fürchten hat, so giebt es doch noch andere Gründe, welche dem liberalen Bürgerthum die »Klinke der Gesetzgebung« lieb macht. Das Centrum, genau so gut Interessengruppe wie alle anderen Parteien, verfolgt Pläne, deren Verwirklichung den meistens evangelischen Unternehmern nicht angenehm sind. Die Angst dieser Leute, als sie diese ultramontane Hochflut sahen, war daher groß.

Was war da zu machen? Der Bruder Arbeiter mußte wieder einmal helfen. Die Unternehmer fanden auf einmal, daß sie als »evangelische Christen« die Pflicht hätten, »ihren Glauben« zu vertheidigen. Sie wurden fromm, wie die Bourgeoisie es immer wird, wenn die Abrechnung für begangene Sünden naht. Hart bedrängt von der katholisch-sozialen Bewegung, erschreckt durch die immer mehr erstarkende sozialistisch-demokratische Kritik rief der liberale evangelische Kapitalist: **Auf zum Kampfe gegen Rom und den Unglauben!**

Die evang. Geistlichkeit, eng verknüpft mit der Unternehmerklasse, stimmte ein in den Ruf. Die »evangelische Sache« wurde in Gefahr erklärt und es fanden sich auch viele Tausende von Bürgern und Arbeitern, welche sich in der Schutztruppe des Kapitals einreihen ließen. So entstanden die evangelischen Arbeitervereine.

Heute sind eine ganze Reihe solcher Vereine in Rheinland-Westfalen vorhanden. Wir selbst kennen aus **eigener Anschauung** das innere Leben eines solchen Vereins. Als Vorsitzender fungirt irgend ein **Fabriksmeister**, wie überhaupt diese in den Vereinigungen dominiren. Die ortsangesessenen Fabrikanten und Kapitalisten sind pflichtschuldigst zu »Ehrenmitglieder« ernannt. Auf Festen sitzen diese Honoratioren an weißgedeckter Tafel, während der Bruder Arbeiter in ehrfurchtsvoller Scheu sich glücklich fühlt, so hohe Gesellschaft im Saale zu haben.

Die Veranstaltungen der Vereine bewegen sich im Banne der religiösen und politischen Unterdrückung. Der Geistliche hält Predigten, Vorträge aus der »Geschichte« und Werkmeister und — Fabrikanten referiren über Sozialgesetzgebung.

Volksschullehrer sind kraft ihrer Stellung ebenfalls verpflichtet, der »evangelischen Sache« zu dienen, wäre es auch nur, um bei dem die Schulaufsicht führenden Herrn Pfarrer kein Aergerniß zu geben. Daß kein »patriotisches« Fest ohne Betheiligung der evangelischen Arbeitervereine vorübergeht, versteht sich am Rande.

Welche soziale Bedeutung haben nun solche Verbände? Für den sozialen **Fortschritt** sind sie absolut **werthlos**, sogar **hinderlich**. Brauchen wir dies länger zu begründen, nach dem wir oben die Entstehung und das Vereinsleben geschildert?

Alle Bemühungen der evangelischen Geistlichkeit und der Unternehmer, ihrer Schöpfung soziale Wichtigkeit beizulegen, sind nutzlos. Ein todter Körper läßt sich beim besten Willen nicht beleben. Wohl haben die evang. Arbeitervereine eine Bedeutung aber nur für die Unternehmer: Sie sind die **Schutztruppe des ausbeutenden Kapitals**. Daher auch die Liebe der Beschützer.

In den katholischen Arbeitervereinen hört man dann und wann doch noch ein kräftiges Wort gegen die sozialen Mißstände. Irgend ein junger Kaplan oder auch ein intelligenter Arbeiter schleudert dem Kapitalismus eine wuchtige, wenn auch weiter nicht gefährliche Anklage entgegen. In den evangel. Arbeitervereinen ist alles todt, still und kusch. Die evangelischen Vereine haben dem Unternehmer noch keine Kopfschmerzen gemacht, es sind seine lieben Kinder, während die katholischen Vereine manchmal demokratische und sozialrevolutionäre Anwandlungen zeigen. Wir sagen dies, obwohl wir selbst evangelisch sind und sogar früher Mitglied evangelischer Vereine waren.

Diese Gedrücktheit und »Zufriedenheit« der evang. Arbeitervereine hat auch weiter seinen Grund darin, daß ihre Leiter, die evangelische Geistlichkeit als Vertreter der Staatskirche, diesen selben Staat, als den größten Kapitalisten, doch nicht angreifen dürfen. Die Naumann, Göhre, Wächter u. a. haben wohl verspürt, was es heißt, gegen den kapitalistischen Stachel zu löken. Ihr Brodherr, der Staat, machte mit ihnen reinen Tisch. Und wäre Herr Pastor Arndt-Vollmarstein nicht von seiner sozialrevolutionären Ansicht zurückgekommen, dann wurde er seinerzeit einfach auf die Straße gesetzt. Nur die Resignation vermochte Arndt zu reiten und Herr Arndt ist heute noch einer der Führer der evangelischen Arbeitervereine im Ruhrrevier.

Erwähnen wir auch gleich Herrn Lic. Weber-M.-Gladbach, der eifrige Gründer des »christlichen Gewerkvereins.« Herr Weber wurde heftig angegriffen von den Organen der Stumm und Baare, weil er im berauschenden Gefühle, dort in Essen eine Schöpfung von sozialer Tragweite geschaffen zu haben, ein fröhliches Kampfgeschrei gegen das Kapital ausstieß. Ach mit welcher Mühe hat Herr Weber den Stumm und Konsorten seine friedlichen, butterweichen Absichten betheuert. Und Herr Weber ist der **Hauptführer der evang. Arbeitervereine Rheinlands-Westfalens.**

Wer also den hier besprochenen Vereinen irgend eine Stelle in den großen Kampfe für die soziale Besserung der Arbeiterlage anweisen will, der verkennt die Sachlage völlig. Nicht **für, gegen** das Interesse des sozialen Fortschritts treten diese Vereine auf: Ihre Führer sind einestheils interessirt, anderntheils verpflichtet, den sozialen Krebsgang zu machen.

Herr **Pfarrer Naumann** hatte den evang. Arbeitervereinen seinerzeit den Vorwurf gemacht, sie hätten sich bei der **großen Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier** nicht so benommen, wie es der gerechten Sache würdig war. Darauf erfuhr Herr Naumann eine scharfe Zurückweisung seitens der von ihm Kritisirten. Kürzlich nun entschuldigte sich Naumann im »Evangelischen Vereinsboten« indem er sagt: die Führer der evangelischen Vereine im Ruhrrevier hätten wegen besserer Kenntniß der zutreffenden Verhältnisse doch wohl Recht gehabt mit ihrem Verhalten bei dem Streik.

Ganz recht — die »Führer« mußten es auch wissen, wie sie sich, entsprechend der Tradition ihrer Vereine, dem großen Bergarbeiterstreik gegenüber zu stellen hatten. Und wir hoffen, durch unsere Darlegungen gezeigt zu haben, daß es eben zu den Aufgaben der evangelischen Arbeitervereine als **Schutztruppe des Kapitals** gehört, allen gerechten Forderungen der Arbeiterklasse sich hindernd in den Weg zu stellen. So beurtheilen wir diese »evangelisch-soziale Geburt« und mit uns jeder **Kenner**.

* * *

Schon hat auch die evangelische Arbeiterbewegung ihren Höhepunkt überschritten. Wie die katholischen Arbeitervereine, so beherbergen auch die evangelischen schon jetzt tausende von Mitglieder, die aus irgend welchen Rücksichten sich dem Verein anschließen. Innere Ueberzeugung trieb sie nicht zum Anschluß. Viele Hunderte von Arbeiter gehen auch in den evangelischen Arbeiterverein, um nicht bei ihren Vorgesetzten, die oftmals Hauptmatadore in der »evangelischen Sache« sind, Anstoß zu erregen. Andere wieder gehen nur in religiösen Fragen mit ihrem Verein, in sozialpolitischen Dingen nehmen sie nicht selten einen streng entgegengesetzten Standpunkt ein. Will man dafür einen Beweis haben?

In **Dortmund** hat eben die Ersatzwahl zum Reichstag stattgefunden. Gerade im Kreise Dortmund, wo einzelne Ortschaften überwiegend evangelische Bevölkerung haben, war und ist die evangelische Arbeiterbewegung recht stark. Und doch hat dies nicht gehindert, einen **Gegner** des Kapitalismus, des Protektors der konfessionellen Arbeitervereine, in den Reichstag zu senden. Wir wußten schon seit langem, daß viele anscheinend eifrige evangelische Vereinsmitglieder sich sehr wohl hüten, als Arbeiter einem Unternehmer ihre Stimme zu geben. Und in Dortmund ist dieses bewahrheitet worden. Die evangelischen Arbeitervereine, eine Schöpfung der kapitalsfreundlichen Elemente, sind in ihrer Wirkung auf das soziale Leben ein Hemmniß für den Fortschritt. Die neue Zeit aber duldet keinen Rückschritt mehr, und so sehen wir denn auch die Stützen der heutigen Ordnung mehr und mehr verfaulen.

Internationale Berg- und Hüttenarbeiter-Bewegung.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Ackerbauministerium, dem auch das Bergwesen untersteht, hat eine **Vermehrung der Berginspektoren** angeordnet. Die Zahl der Beamten wird von 69 auf 94 erhöht und sollen davon im Jahre 1896 schon 11 zur Anstellung gelangen. Hoffentlich gelingt es diesem vermehrten Beamtenstab, dem Raubbau der österreichischen Grubenbarone, der schon so viele Hunderte von Bergarbeitern das Leben gekostet, die Wege zu weisen. Noth thut es unter allen Umständen, daß dem Larisch und Genossen ein ordentlicher Dämpfer aufgesetzt wird.

Die Schäbigkeit der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft. Vor kurzem kam am Majrau-Schachte bei Kladno der Bergarbeiter **Kosner** ums Leben. Da dieser Schacht der Prager Eisenindustriegesellschaft gehört, mußte dieselbe auf die augenblickliche Versorgung der Hinterbliebenen einer Witwe mit 11 Kinder, bedacht sein. Selbstverständlich hat sie sofort in ihren wohlgefüllten Geldsack gegriffen — wird jeder anständige Mensch, der diese Ausbeutergesellschaft nicht kennt, glauben — und hat der Witwe einige hundert Gulden geschenkt. Geziemt hätte es sich jedenfalls. Aber für Schicklichkeit hat die Gesellschaft keinen Sinn. Sie macht sich die Sache viel bequemer. Warum sollte sie auch aus dem eigenen Sacke zahlen? Der Mann soll sich an seine Berufsgenossen wenden, mit denen er Freud und Leid getheilt, die mögen für seine Familie sorgen! So kalkulirt die Ausbeutergesellschaft und zieht einfach jedem Bergarbeiter ohne dessen Vorwissen fünf Kreuzer vom Lohn ab, und die schenkt sie den Hinterbliebenen des todten Kosner. Die Methode ist sehr einfach, kostet der Gesellschaft nichts, und der Witwe ist geholfen. Dann behaupten die bösen Sozialdemokraten, daß die Kapitalisten nicht human sind. Die Witwe kann froh sein, daß man wenigstens auf diese Weise für sie gesorgt hat. Von der Provision, die sie auf Grund der alten, dem neuen Bruderladengesetz noch nicht angepaßten Statuten erhalten soll, wird sie mit ihren elf Kindern schwerlich ein üppiges Leben führen können.

Belgien.

Belgischer Kohlengräber-Kongreß. In Charleroi hat am 3. d. M. in Anwesenheit mehrerer sozialistischer Abgeordneten ein nationaler Kongreß der Kohlenarbeiter stattgefunden. Allgemein wurde geklagt über die niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen der Häuer, Förderer und jugendlichen Hilfsarbeiter. Der Abgeordnete Defuisseaux legte einen Plan des französischen Ingenieurs Laur vor, der allen Bergarbeitern den gleichen Lohn sichert. Das System könnte angewendet werden, wenn das Bergwerk im Besitze der Arbeiter oder des Staates wäre. Man müßte demnach den Uebergang des Eigenthums der Bergwerke an den Staat fordern; da aber zur Zeit von der Regierung und der Kammermajorität ein derartiger Antrag sicher abgelehnt werden würde und dabei die Gefahr vorläge, daß auch andere Anträge zu Gunsten der Kohlenarbeiter verworfen würden, so dürfe man nur schrittweise vorgehen. Zunächst seien das Invaliditätsgesetz und das Gesetz über die Arbeitsinspektoren zu fordern; dann erst könne man an eine Enteignung der Bergwerke denken. Hektor Denis hielt eine Rede über die gleitende Lohn-Skala; sie sei kein vollkommenes Mittel, aber ihre Anwendung sei im Interesse der Arbeiter doch sehr nützlich. Die Thesen Denis' werden noch den nächsten Kongreß beschäftigen und bis dahin von den einzelnen Gruppen der Bergarbeiter geprüft werden.

Nord-Amerika.

Philipsburg. Man hatte bis heute geglaubt, daß die Unternehmer, um den Beginn des Streiks, der auf den 19. v. M. festgesetzt war, hinauszuschieben, eine Konferenz verlangen würden. Allein solches ist nicht geschehen und so werden am 19., wenn die Arbeiter der Streikordre gehorchen, in Clearfield und Beech Creek allein 5000 bis 6000 Kohlengräber in Ausstand gehen. Die Unternehmer versichern, sie würden nicht nachgeben, um so weniger, als die Arbeiter nicht einig wären und viele sich vom Streik ausschließen würden.

Dubois. Da die Unternehmer des Weichkohlenbezirks die Forderung einer Erhöhung der Löhne um 5 Cents ablehnten, wurden 25000 Arbeiter auf der Strecke von hier bis Cambria an den Streik beordert.

Philipsburg. Die Streikordre der Konvention von Clearfield vom 15. d. M. scheint in den Regionen von Beach Creek und Clearfield wenig befolgt zu werden. Die Arbeiter des Osceola-Distrikts beschlossen, nicht zu streiken, ebenso die der Eight Mines. In der Gegend von Cambria, Pattin, Hastings und Spangler wird gearbeitet werden, während die Leute in Morrisdale zwei Tage streiken wollen, um zu sehen, ob der Streik ein allgemeiner wird. Zu Bloomington und Osjhanter wird schon gestreikt und in Beach Creek ist es nur Lancashire Nr. 3, die die Streik-Ordre befolgen wird.

Uniontown. In den Hollow-Minen der Washington Coal & Coke Comp. befürchtet man Unruhen, da die ausländischen Arbeiter Drohungen gegen die hiesigen ausgesprochen haben, wenn sie bei reduzirten Preisen in die Gruben fahren würden. Die Unternehmer wollen den Akkordpreis von 56 Cents pro Tonne reduziren und finden in diesem Bestreben bei den eingeborenen Arbeitern geringen Widerstand.

Australische Bergarbeiter-Verhältnisse.

(Vierter Originalbericht der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung. Es ist dies der letzte der eingelaufenen offiziellen Berichte.)

Bericht von John Marshall, Secretär der Gold-Diggers-Association von West-Australien.

Ihrem Wunsche entsprechend mache Ihnen die folgenden Mittheilungen über die Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Goldfeldern.

Sämmtliche Gruben (Mines) befinden sich noch im Anfang des Versuchsstadiums und beschäftigen nur sehr wenig »Hände.« Der Mangel an Wasser verhindert ferner eine rationelle Bearbeitung. Dazu kommt Mangel an Kapital, denn wo wirklich genügend Gold gefunden wird, geht der Löwenantheil in die Taschen der Spekulanten und Schwindler, welche noch dazu von den Autoritäten durch laxe Handhabung der Bergwerksgesetze ꝛc. geschützt und unterstützt werden. Alluvial-Gold (Waschgold) kommt hier nur selten vor, folglich ist das Graben des Goldgräbers auf eigene Faust fast ausgeschlossen, da zum Bearbeiten der Reefs vor allem Kapital gehört. Schmelz- oder Hüttenwerke zur Behandlung des Erzes existiren bis jetzt keine in dieser Provinz (Westaustralien). In Folge der schlechten Geschäftslage in den östlichen Provinzen Australiens ist die Einwanderung von Bergleuten und allen anderen Professionisten sowie ungelernten Arbeitern so groß, daß hunderte jeden Monat auf den Goldfeldern anlangen, wodurch hier die Arbeitslöhne so gesunken sind, daß sie in keinem Verhältniß stehen zu den Preisen der Lebensmittel und dem primitiven halbwilden Leben welches der Arbeiter hier zu leben gezwungen ist. Um diese Verhältnisse wenn möglich in etwas zu bessern, ist kürzlich die Gold-Diggers Association von Westaustralien gegründet worden deren Programm ich beilege.

»Einigkeit macht stark«, ist unser Motto und hoffen wir unsere Kollegen und Mitarbeiter von der Wahrheit dieses Satzes überzeugen zu können.

Mit besten Grüßen

John Marshall, Sekretär.

Colgardie im August 1895.

Das erwähnte Flugblatt mit dem Programm lautet:

»Einigkeit macht stark«.

Die Westaustralische Goldgräber-Association. An die Goldgräber und alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter.

In einer in Coolgardie am 2. Februar 1895 abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde einstimmig die Gründung der obigen Association beschlossen und laden wir hiermit alle ein, Mitglied derselben zu werden.

Folgende Paragraphen wurden ebenfalls einstimmig als Programm und Zweck des Vereins angenommen:

1. Zur Vereinigung der Goldgräber in eine Organisation zum Schutz ihrer gemeinschaftlichen Interessen und zur Förderung ihrer Wohlfahrt in sozialer, moralischer und politischer Hinsicht.
2. Zur Förderung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. **Verhinderung von Strikes** durch Schlichtung von Streitigkeiten durch von Arbeitgeber und Arbeiter anerkannten Schiedsgerichten.
3. Darauf zu sehen, daß die Arbeitsbedingungen der Bergwerksgesetze ausgeführt werden.
4. Benutzung aller gesetzlichen Mittel zwecks Abschaffung aller Gesetze welche gegen das Interesse des Volkes gerichtet sind.
5. Politische Organisation zwecks direkter Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament.
6. Zweigvereine sollen in allen Goldgräbercentren der Provinz gegründet werden.
7. Der jährliche Beitrag beträgt 10 Shilling zahlbar vierteljährlich.

Anmeldungen von Mitgliedern nimmt entgegen und ist zur weiteren Auskunft gern bereit

John Marshall, Sekretär.

Bureau: Bayley-Stree, Coolgardie.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Ruhrrevier.

-e- **Bochum.** Der erste Arbeitervertreter des „Ruhrreviers" ist am 5. November gewählt worden. Dr. **Franz Lütgenau** errang mit 3000 Stimmen Majorität den Sieg über den nationalliberalen **Möller** und wird jetzt ein wirklicher **Arbeiterabgeordneter** seinen Einzug in das Reichstagsgebäude halten. Viele Mühe hat es gekostet, den so hart umstrittenen Wahlkreis Dortmund den nationalliberalen Wahlmachern zu entreißen. Unsere Freunde wissen, mit welchen Mitteln die Unternehmerschaft die Wahl Möller immer durchgesetzt. Dafür hatte Herr Möller auch das Vergnügen, der zweimal Herausgeworfene zu sein. Am 5. Nov. haben aber die Dortmunder Arbeiter bewiesen, daß sie ihrem Kreis nicht die zweifelhafte Ehre zutheil werden lassen wollten, einen Abgeordneten zu haben, der in einer Wahlperiode **zweimal** des Reichstages verwiesen wurde. Die Unternehmerpresse schimpft auf das Zentrum, weil dieses den Sozialdemokraten zum Siege verholfen. Dummes Geschwätz. Nicht das Zentrum schlechtweg, — nur die **katholischen Arbeiter** haben den Möller durchplumpsen lassen. Die »besseren Bürger« des Zentrums sind selbstverständlich mit dem Möller gegangen. Als ein Kandidat der eigenen Partei, der eigenen religiösen Anschauung aufgestellt, da stimmten katholische Kapitalisten und Spießbürger und Arbeiter zusammen. Nun aber, in der Stichwahl kam kein solch verbindendes Gefühl in Frage und da schieden sich die Arbeiter von den gutgestellten Bürgern. Ihr religiöses Gefühl hatte den katholischen Arbeitern verboten, bei der Hauptwahl Lensing zu übergehen; ihr **Klassengefühl** aber verbot es ihnen, bei der Stichwahl, für einen Unternehmer zu stimmen. Und da helfen alle Ordres für Wahlenthaltung nichts, das **Klassengefühl ist stärker** wie die diplomatische Erwägung. — Möller ist abgethan, der Mann, welcher so oft im Reichstag im Arbeitertrutz gemacht. Ein anderer Mann wandert nach Berlin — er wird im Arbeiterschutz machen. Für Möller und seine Freunde ist der Dortmunder Kreis **für immer verloren**, deß sind wir sicher; giebt doch auch die Unternehmerpresse dies zu. Das **Meineidsurtheil von Essen** hat gewirkt. Bei der nächsten Reichstagswahl wird es zum Entsetzen der Unternehmer weiter wirken. Blickt nach Dortmund! So »wirkt« der »Schlag« vom 17. August dieses Jahres.

— Unsere zu Zuchthaus verurtheilten Kameraden **Schröder, Meyer, Gräf** und Genossen sind nunmehr zu den Zuchthäusern von **Werden** und **Hamm** abgeführt worden. **Schröder** sitzt in **Werden, Meyer** in **Hamm**. Unsere herzlichsten Wünsche begleiten die »Entehrten« auf ihren Weg. Ihre Zeit wird dahingehen und wir werden sie dann wieder mit offenen Armen aufnehmen, trotz des „**Kainszeichens**" der „**Zuchthäusler**".

Bochum. Die Macht des Kapitals weiß sich auch im Bundesrathe Geltung zu verschaffen, wie folgender Vorfall beweist. Vor wenigen Wochen beschloß der Verein der Eisenindustriellen den Bundesrath zu ersuchen, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe abzuändern. Die Großindustriellen ärgerten sich darüber, daß sie den Arbeitern, welche jeden zweiten Sonntag arbeiten müssen, an 13 Sonntagen im Jahre 24 und an 13 Sonntagen je 48 Stunden freigeben müssen. Jetzt bringt der »Reichsanzeiger« folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 105 d des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) hat der Bundesrath nachstehende Bestimmung über Abänderung der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 (Reichs-Gesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, erlassen:

1) In der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Febr. 1895 (Reichs-Gesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beigefügt ist, sind in der Spalte 3 zu Ziffer 7 (Bessemer- und Thomasstahlwerke, Martin- und Tiegelgußstahlwerke, Puddel- und zugehörige Walz- und Hammerwerke, sowie Hochofengießereien) der Gruppe A (Bergbau, Hütten- und Salinenwesen) die Worte:

»Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat mindestens zu dauern: für jeden Sonntag abwechselnd 24 und 48 Stunden«

zu streichen.

2) Die vorstehende Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Bergleute fordern schon seit Jahren eine reichsgesetzliche Regelung der Bergwerksverhältnisse. Auf dem Kongreß in Essen 1894 sind außerdem verschiedene Forderungen der Grubenarbeiter berathen und darauf formulirt dem Minister für Handel und Gewerbe übersandt worden. Von einer **Berücksichtigung** der **Arbeiterforderungen** haben wir aber noch **nichts** gehört. Deutsche Sozialreform.

— **Das Rhein.-Westf. Kohlensyndikat und der Verein für bergbauliche Interessen** hatten eine Abordnung nach Berlin entsandt, um bei dem Eisenbahn- und bei dem Finanzminister um Abhilfe gegen den im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier herrschenden Wagenmangel vorstellig zu werden. Vor kurzem fanden die Empfänge bei den Ministern statt. Minister Thielen war, der »Post« zufolge, nicht in der Lage, den rheinischen Kohlen-Industriellen irgend welche positive Versprechungen betreffs Abhilfe gegen den Wagenmangel zu machen, weil die Verhandlungen darüber noch

mit dem Finanzminister schwebten. Soweit es aber, ohne neue Mittel in Anspruch zu nehmen, möglich sei, werde man bemüht sein, den Wünschen der Kohlen-Industriellen nachzukommen. Um 3 Uhr nachmittags wurde die Abordnung vom Finanzminister Dr. Miquel im Beisein des Geheimraths Lehmann empfangen. Auch der Finanzminister versprach das weiteste Entgegenkommen zur Vorbeugung ähnlicher Nothstände und sicherte ausreichende Beschaffung offener Güterwagen zu.

Gelsenkirchen. Die Zeche »Hansa«, der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gehörig, hat die **6stündige Schicht** eingeführt. Es ist dies die Befolgung einer Anordnung des Oberbergamts, wonach bei einer sehr heißen unterirdischen Temperatur die Arbeitszeit verkürzt werden muß. Die **»Köln. Volksztg.«** meldete diese Nachricht in einer Form, die eine besonders humane Verwaltung der betr. Zeche annehmen ließ. Andere Leute sind natürlich nicht so sehr von dieser Humanität erbaut und meinen, die nunmehr angeordnete Schichtverkürzung hätte schon längst eintreten sollen.

Günnigfeld. Auf den hiesigen Zechen wird noch Kohlen geschrien. Zeche Hannover III hat sämmtliche Steinarbeiter als Kohlenhauer verlegt, um tüchtig Kohlen zu fördern. Kohlen! Kohlen! ist das Losungswort der Beamten. Aber am Lohn wird nichts erhöht, eher noch erniedrigt, trotz der Preissteigerung der Kohlen. Ob da denn dem dümmsten Arbeiter die Augen nicht aufgehen, wenn er sieht, wie man mit seiner Arbeitskraft umgeht? Mit der hiesigen Zahlstelle des Verbandes haperts noch. Trotz der ungerechten Ausbeutung der Bergarbeiter durch die Grubenkapitalisten bleiben noch viele dem Verbande fern und erkennen nicht den Nutzen einer Organisation.

— In Sachen des Herrn Wirth **Arndt** theilt uns unser Mitarbeiter mit, daß sich thatsächlich die berichtete Sache nicht so zugetragen hat. Gefallen ist eine solche Aeußerung, wie wir sie in Nr. 43 d. Z. wiedergaben. Der Wirth Arndt aber hat diese Aeußerung **gemißbilligt** und nur durch ungenaue Berichterstattung seitens der Augenzeugen an unseren Mitarbeiter, entstand der Irrthum. Herr Wirth Arndt ist und bleibt Abonnent unserer Zeitung.

Dorstfeld. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die diesmonatliche Versammlung **ausnahmsweise um 11½ Uhr morgens** stattfindet. Alle Mitglieder haben wichtiger Angelegenheiten halber zu erscheinen.

Ober- und Niederschlesien.

Ober-Waldenburg. Am Sonntag hielt der hiesige Knappenverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Kamerad Burghardt mit einem herzlichen »Glück auf« eröffnet. Nachdem das Protokoll verlesen und von der Versammlung genehmigt war, wurde ein Artikel aus der »Bergarbeiter-Zeitung« verlesen und darüber eifrig debattirt. Der Vorsitzende kommt sodann auf den Antrag zurück, welcher in der letzten Versammlung gestellt war, betreffend die Abschaffung der dreitägigen Carrenzzeit bei Unverheiratheten und meint, daß derartige Anträge dem Knappschafts-Aeltesten zur weiteren Verfolgung überwiesen werden müßten. Die Knappschafts-Aeltesten sollten verpflichtet werden, im Jahre wenigstens eine Sprengel-Versammlung abzuhalten, um Bericht zu erstatten über ihre Thätigkeit im Knappschafts-Vorstande und eventuell derartige Anträge entgegenzunehmen. Diesen Ausführungen wurde allseitig zugestimmt. Ein Mitglied, welches längere Zeit im hiesigen Knappschafts-Lazareth krank gelegen hatte, brachte Folgendes zur Sprache: Wenn die Angehörigen der Erkrankten bei ihren Besuchen im Lazareth, diesen Lebensmittel mitbrächten, so würden den Leuten diese Sachen abgenommen, dagegen können sich die Kranken in der Küche Lebensmittel, wie Semmel, Wurst, Kaffee, einfach Bier und sogar Cigarren kaufen. Es wurde betont, daß es ebenfalls Sache des Knappschafts-Aeltesten wäre, derartige Mißstände zu beseitigen und sollten es sich die Knappschafts-Aeltesten angelegen sein lassen, mit den Mitgliedern über solche Beschwerden zu sprechen. Der Vorsitzende empfahl den Mitgliedern aufs Wärmste den Anschluß an den Bergarbeiter-Verband. Sie sollten sich von keiner Seite davon abbringen lassen; die paar Groschen, die man Beitrag bezahle, würden reichlich wieder ersetzt werden. Redner erinnerte ferner an den Porzelliner Streik. Wären die Arbeiter nicht im Verbande gewesen, so hätten sie nicht eine einzige Woche aushalten können. Darauf wurde bekannt gegeben, daß in der nächsten Versammlung über die Weihnachtsbescheerung berathen werden solle, und nur diejenigen beschenkt würden, die nicht mit ihren Beiträgen im Rückstande wären. Diejenigen Kinder, welche auf dem Fest Gesänge oder Gedichte vorzutragen beabsichtigten, sollen sich beim Kamerad Simon melden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung in der üblichen Weise geschlossen.

— Nach einer Verfügung des **Oberbergamts Breslau** sollen jetzt sogenannte Schießmeister — um Unfälle zu vermeiden angestellt werden. Dieselben müssen das Schießen am Arbeitsort controlliren. Das Pulver und Dynamit wird den sogenannten Drittelsführern am Schießemfang zugetheilt und am Ende der Schicht wieder abgenommen. Vollhauer, welche nicht Drittelführer sind, haben das örtliche Loch zu bohren und der Drittelführer ladet und versetzt das Material. Früher konnte im Nothfalle jeder Arbeiter zum Schießen herangezogen werden, jetzt muß dies unterbleiben.

Zaborze. Der Redakteur der hier gelesenen »Gazeta Robotnicza« Thomas Gollbrocki hatte sich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts 1 wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten. Am 2. März d. J. erschien in der genannten Zeitung ein Artikel, welcher das Loos der Arbeiter in der Königin Luisen-Grube in Zaborze in Oberschlesien schilderte. Es wurde u. a. behauptet, daß die Grubenverwaltung in ihrem Ausbeutungssystem so weit gehe, selbst den Arbeitern die Rettungsmittel zu entziehen, wenn ein Brand in der Grube eintreten sollte. Die obersten Leitern des Schachtes würden nämlich nach der Einfahrt in die Höhe gezogen, damit es den Arbeitern unmöglich gemacht werde, die Grube vor Beendigung der Schicht zu verlassen. Die Löhne an der Königin-Luisen-Grube seien niedriger als bei anderen Gruben. Wegen dieser Behauptungen hatte der Verwaltungsdirektor der Grube, Bergrath Remy, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Der Angeklagte hatte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten, die kommissarisch vernommenen Zeugen, zumeist Arbeiter von der Königin-Luisen-Grube bekundeten aber, daß die Löhne an der fraglichen Grube höher seien als an den Privatgruben und daß die Leitern in den Ein- und Ausfahrtsschachten so befestigt seien, daß sie garnicht fortgenommen werden könnten. Nur aus einem Wetter- und Förderungsschacht, der zur ordentlichen Ein- und Ausfahrt garnicht diene, seien die obersten Leitern entfernt worden. Direktor Remy hatte dies zugegeben und damit begründet, daß die Arbeiter diesen unerlaubten Ausgang benutzt hätten, um die Grube vorzeitig zu verlassen. Als Rettungsweg bei einem eintretenden Grubenunglück komme dieser Schacht garnicht in betracht. Der Staatsanwalt hielt die gemachten Behauptungen für so schwer beleidigend, daß er gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten beantragte. Der Gerichtshof erkannte auf 150 Mark Geldstrafe oder im Nichtbetreibungsfalle auf einen Monat Gefängniß sowie auf Publikationsbefugniß im »Reichs-Anzeiger« und in der »Gazeta Robotnicza«.

·J· **Zaborze.** Auf der Königin Louisengrube (Ostfeld) ereignete sich am 23. Oktober ein schwerer Unglücksfall. Auf einem Pfeiler des Ostfeldes hat herabstürzende Kohle den Schlepper Paul Polednick zu Tode getroffen und der Schlepper Wieczirek wurde schwer verletzt, indem ihm von einem Fuße die Ferse abgeschlagen ist. Die Arbeit auf diesem Pfeiler wurde gleich eingestellt und nähere Untersuchungen über das Unglück angestellt. Den Häuern (!) wird Fahrlässigkeit zur Last gelegt, und vielleicht marschieren sie ins Gefängniß. Wer trägt die Schuld?

— An einem Tage der letzten Woche kam der Bergwerksdirektor in dieselbe Grube, ging von einem Arbeiter zum anderen und sagte: »Ihr seid noch alle so jung, ihr seid noch fähig als Füller« (Schlepper). Dabei sind alle verheirathete Männer, mit zahlreicher Familie und sind meistens schon 8—15 Jahre auf diesem Bergwerk beschäftigt. In früherer Zeit, wenn ein Arbeiter eine geraume Zeit gearbeitet hatte, so wurde er Häuer und verdiente einen besseren Lohn. Jetzt giebt es genug Arbeiter die schon 15 Jahre arbeiten, es aber nicht weiter bringen können, als zum Wagenstößer. Dabei ist aber die Arbeit der Wagenstößer eine so anstrengende, daß sich ein Jeder nach einer Feierschicht sehnt. Wenn dieselbe eintrifft wird sie mit Freuden begrüßt. Kommt aber der Lohntag, da findet man nur finstere Gesichter; dann bedauert man, daß Feierschichten gewesen sind, denn sie bringen geringen Lohn und Zank und Streit zwischen Mann und Frau. Für den geringen Lohn von 2,50 Mk. bis 2,80 Mk. müssen die Wagenstößer so schwer arbeiten, daß sie nach Verlauf von 1—2 Monaten Gliederreißen und Rheumatismus bekommen. Die Wagenstößer von Königin Louise (Ostfeld südlich) müssen in einem Stollen, bis an die Kniee im Wasser stehend, 10—11 Stunden arbeiten und dabei noch so anstrengend, daß sie oben schwitzen, während sie unten im Wasser waten. Dieses Wasser ist **kalt** und besitzt eine solche Schärfe, daß es Eisen und Kohle zerfrißt. Die Kohle sieht nachher ganz gelb aus. Wenn ein solcher Arbeiter **1 Monat** in diesem kalten Bade zugebracht hat, was er auch muß, wenn nicht ein plötzlicher Unglücksfall oder Krankheit eintritt, so kann er ganz dreist sagen: Ich bin um viele Prozent heruntergekommen. Er muß feiern, dann müssen wieder andere in das gezwungene Bad. Da die Grubenverwaltung das Wasser nicht ablößt, was doch ein leichtes wäre, müssen die Arbeiter in dem Wasser weiter arbeiten und so ihre Gesundheit ruiniren. Diejenigen Arbeiter, welche eine Besserung ihrer Lebenslage wollen und davon sprechen, werden gemaßregelt. Einige von den gut Gesinnten warnten uns, daß die Grubenbeamten uns auf jeden Schritt verfolgen. Sobald wir uns etwas zu schulden kommen ließen, würden wir aufs Straßenpflaster geworfen. Die Warnung ist ja gut gemeint, aber man irrt sich sehr gewaltig. Zu diesem Resultate wird es nicht kommen, da ein Organisirter sich eben nichts zu schulden kommen läßt. Er kennt und übt seine Pflicht. — Wird es bald besser werden bei uns? Kameraden! auf zum Kampfe für Besserung unserer Lebenslage, die nur in einer **guten Organisation** erlangt werden kann. Kameraden, trage ein Jeder sein Nöthiges bei und bald werden wir die Hand einander reichen. Dann kann uns keine Macht wiederstehen. Das was uns sehr hemmt, ist daß wir kein Lokal zur Verfügung haben. Wenn wir aber **allesammt nach Kräften** uns bemühen, ein Lokal zu erringen, so wird es gelingen. Darauf müssen wir bedacht sein, nur solche Wirthe zu unterstützen, die auch die Arbeiterklasse vertreten und unsere Zeitungen abonniren.

Zaborze-Poremba. Am vorletzten Sonntag lobte der Pfarrer von Zaborze die Sozialisten, indem er den anwesenden Gläubigen bekannt machte, daß ein Artikel aus der »Gazeta Robotnicza«, der von dem schlafenden Mädchen von Sosnitza handle, zeige, daß die Sozialdemokraten nicht dumm seien und sich nicht von Betrüger anführen ließen. Während der große Haufe das Mädchen von Sosnitza als Heilige verehre und ganze Tage hindurch in Singen und Beten verharre. Der Pfarrer erklärte den Leuten ausdrücklich, daß das Mädchen an Starrkrampf und Gehirnaffektion leide und daher der lange Schlaf ein natürliches Ereigniß wäre. Ein Lob aus Pfarrersmund für den Sozialisten — nicht übel.

Paulsdorf. (Eine seltsame Fügung.) Dieser Tage wüthete ein gewaltiger Wind, der auch von »Erfolg« war. Die Buche, auf welcher am 1. Mai ds. Js. eine rothe Fahne mit der Inschrift: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! prangte, ist durch den Sturm der Erde entrissen worden. Freuet euch Kapitalisten, der »Stein des Anstoßes« ist verschwunden.

Gleiwitz. Verbreitung verbotener Druckschriften und Aufreizung zum **Klassenhaß**. Wie die „Breslauer-Ztg." berichtet, standen heute vor der hiesigen Strafkammer der frühere Redakteur, jetzige Töpfermeister Paul Hennig aus Breslau, der Maschinenwärter Franz Kaffczyk aus Zaborze B., der Privatschreiber Theodor Winzek aus Paulsdorf, der Arbeiter Josef Pradler, der Wagenstößer August Masson aus Zaborze B., der Bergmann Emil Pepierok und der Kolporteur Josef Kandziora aus Zaborze. Hennig ist beschuldigt, die verbotene Druckschrift „Sozialdemokratischer Katechismus", nachdem das Verbot bereits erfolgt war, noch weiter verbreitet zu haben. Die übrigen Angeklagten sind beschuldigt, „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt zu haben". Sofort nach der Verlesung des Anklagebeschlusses beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichts-Assessor Mundry, den Ausschluß der Oeffentlichkeit, da durch eine öffentliche Verhandlung eine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" zu befürchten sei. Der Angeklagte Hennig protestirte gegen den Antrag und beantragte deshalb, den Antrag des Herrn Staatsanwalts abzulehnen; er könne nicht einsehen, inwiefern durch eine öffentliche Verhandlung die öffentliche Ordnung gefährdet werden könne. Das Gericht zog sich zur Berathung zurück. Während der Berathung stellte es sich heraus, daß der Hauptbelastungszeuge, ein gewisser Czzupka nicht zur Stelle war. Ein Cziupka war zwar erschienen, das war indeß nicht der richtige Zeuge. Da das Gericht hiervon benachrichtigt wurde, so kehrte es aus dem Berathungszimmer zurück. Da ohne diesen Zeugen nicht verhandelt werden konnte, so wurde die Vertagung der Sache beschlossen. — Im nächsten Termin werden unsere Freunde noch viele Zeugen stellen, damit wir den ehrenwerthen Cziupka auf die Anklagebank kriegen werden. Die Zeugen zu diesem Prozeß sind Grenzkommissar Mebler, Amtsvorsteher Ruchten, Gendarm Demitter, Kaufmann Neumann, Maschinenwärter Kascha, Arbeiter Noleppa, Bergarbeiter Wengrzik. Jetzt kommen noch die Entlastungszeugen die erst zusammengesucht werden.

— Am selbigen Tage (28. Okt.) war noch eine Verhandlung und zwar war Kaffczyk und Bartodzie angeklagt wegen der Unterstützungskasse oberschlesischer Bergleute. Sie hätten keine Mitglieder angemeldet, so wurde ihnen zur Last gelegt. Das Gericht erkannte auf schuldig und verurtheilte die Kameraden zu je 15 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten. — Das Gericht erklärte: Im § 1 des Unterstützungsstatuts steht, daß bergmännische Interessen vertreten werden, also der Verein als ein öffentlicher Verein (!) anzusehen ist und daher Mitglieder gemeldet werden müssen. Diese Verhandlung dauerte 2½ Stunde. Oberschlesische Zustände!

Briefkasten.

Nach Langendreer. Es thut uns leid, aber derartige Berichte können wir nicht aufnehmen. Uns ist es nicht möglich, alle solche Vorkommnisse zu beleuchten, da wir ein Gewerkschaftsblatt sind und durchaus keinen Ueberfluß an Raum haben. Senden Sie doch den Artikel an die Dortmunder Arbeiterzeitung, die Ihnen dafür recht dankbar sein wird. Im übrigen wollen wir hier gleich bemerken, daß wir nur solche Zuschriften aufnehmen, deren Verfasser uns persönlich bekannt sind, oder welche mit der **Unterschrift des betr. Vertrauensmannes** versehen sind. Nur zu oft sind wir hereingefallen und so wenig wir jemanden beleidigen wollen, so wenig wird man es uns in heutiger Zeit übel nehmen, wenn wir Vorsicht üben. Nichts für ungut.

Nach Waldenburg. Die Blätter sind damals bestimmt abgegangen und hat hier die Post Schuld. Wir werden von nun an recht scharf kontrolliren, damit solche Sachen nicht wieder vorkommen. Gruß. — Brangenberg.

Wegen technischer Schwierigkeiten konnte diese Nummer nicht rechtzeitig fertiggestellt werden.

Achtung!

Alle Briefe und sonstige Einsendungen bitten wir

Bochum, Johanniterstr. 22

zu adressiren.

Durchholz-Vormholz.

Unser Zeitungsbote ist: Berginvalide **Heinr. Haselhorst** (auf Zeche »Martha« Vormholz.

Die Abonnemtsgelder und Beiträge werden vom Berginvaliden und Spezereiwaarenhändler **Ludwig Stölting** erhoben.

Der Vorstand.

J. A.: Jos. Brangenberg, Geschäftsführer.

Oeffentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Sommern.

Sonntag, den 24. November, Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wirths Fr. Luhr.

Tages-Ordnung:

Knappschaftsangelegenheit.

Die Knappschaftsältesten sind eingeladen.

Um zahlreichen Besuch bittet — Der Einberufer.

Linden!

Gemeinderathswahl!

Wählerversammlung für die Wähler der 3. Abtheilung

auf Sonntag, den 17. d. Mts., Morgens 11 Uhr, im Lokale des Wirths Wolf.

Tagesordnung:

1. Referat des Gemeindeverordneten Herrn Dr. Möller über die Verhandlungen der letzten 2 Jahre.
2. Aufstellung der Candidaten der 3. Abtheilung für die Ersatzwahl.
3. Verschiedenes.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

Zahlstelle Fellhammer.

Sonntag, den 17. November, Nachmittags 5 Uhr anfangend

Verbands-Kränzchen

im Lokale des Herrn Krause.

Als Legitimation ist das Verbandsbuch mitzubringen.

Zahlstelle Rothenbach.

Am Sonntag, den 17. November,

Verbands-Kränzchen

im Lokale des Herrn Barthel.

Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Consum-Verein „Glück-Auf"

zu Eichlinghofen und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

General-Versammlung

am Sonntag, den 17. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Wegener.

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl. 2. Aufsichtsraths-Wahl. 3. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Hr. Koch. Hr. Kardinal.

Weckendorf.

Vom 1. Nov. ab befindet sich meine Wohnung u. Geschäft

Hochweg Nro. 27.

Joh. Wasmuth.

Sterbetafel des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter.

Am 1. November starb unser altes und treues Mitglied

Friedrich Peter

aus Bruch im Alter von 38 Jahren an der Proletarierkrankheit. Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.

Die Mitglieder der Zahlstelle Bruch.